

An die

SprecherInnen der BAGen Europa, Inter-
nationales und Nord-Süd

Per E-Mail an micha-kellner@gmx.de

Fragen der BAGen Europa, Internationales und Nord-Süd

Liebe Anna, liebe Annalena, liebe Pegah, liebe Sarah,

Lieber Frederick, lieber Michael,

hiermit übersende ich Euch meine Antworten auf Eure Fragen.

Mit herzlichen Grüßen



WAHLKREIS- UND REGIONALBÜRO
LANGE GEISMARSTR. 73
37073 GÖTTINGEN

☎ +49 551 531-60 90

☎ +49 551 531-5460

JUERGEN.TRITTIN@WK.BUNDESTAG.DE

BÜRO BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1

11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72247

☎ +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE

WWW.TRITTIN.DE

1. *Welchen Stellenwert sollte aus deiner Sicht die Lösung der Eurokrise im Wahlkampf haben?*

Wir haben gar nicht den Luxus, diese Frage nach unserem Gusto zu beantworten. Bleibt die Euro-Krise akut, erwarten die Menschen Antworten darauf. Und als Europa- und Programmpartei muss es natürlich unser Anspruch sein, erkennbare, grüne Antworten zu geben - auch wenn es ein Erklär- und kein Mobilisierungsthema ist. Das ist der Grund, warum die Bundestagsfraktion in dieser Woche mit mir eine bundesweite Tour zu Europa startet unter dem Motto *Mehr Europa*. Wir Grüne sind und bleiben - gerade wenn uns der Wind der Renationalisierung ins Gesicht bläst entschieden pro-europäisch.

An der Wurzel der Euro-Krise liegt die unvollständige Konstruktion der Währungsunion. Wir brauchen eine stärkere Integration und wirtschafts-, finanz-, steuer- und sozialpolitische Abstimmung auf europäischer Ebene. Wenn wir aus dieser Krise herauskommen wollen, brauchen wir mehr Europa.

Die Bundesregierung hält die Krise für eine Folge unverantwortlicher Haushaltsführung. Das ist schon bei Griechenland nicht einmal die Hälfte der Wahrheit. Die Kernursachen der Eurokrise liegen in der Finanz- und Bankenkrise von 2008, die in vielen Staaten über die Rettungs- und Konjunkturpakete zur Staatschuldenkrise geworden ist und in den wirtschaftlichen Ungleichgewichten innerhalb der Eurozone. Unzureichende Finanzmarktregulierung und unzureichende wirtschaftspolitische Koordinierung sind die politischen Fehler, die dem zugrunde liegen.

Das werden wir im Wahlkampf laut und deutlich sagen, denn hier unterscheiden wir uns sehr deutlich von Schwarz-Gelb. Diese Koalition versäumt entschlossene Finanzmarktregulierung unter dem Druck der Finanzlobby und sie betreibt kurz-sichtige, neo-merkantilistische Politik gegenüber unseren europäischen Nachbarn. Merkel zerstört so das europäische Erbe ihrer Partei. Uns geht's ums Ganze: Also um ein gerechteres, sozialeres, ökologischeres und vor allem demokratischeres Europa. Nur dann wird Europa wieder handlungsfähig und nur dann werden wir auch den langen Weg aus der Krise beschreiten können.

2. *Was würde eine wirkliche Fiskalunion für Dich bedeuten?*

Zweifelsohne ist Haushaltskonsolidierung wichtig und notwendig. Aber Konsolidierung geht nicht über bloße Sparpolitik. Konsolidierung heißt unnötige Ausgaben zu Kürzen, falsche Subventionen zu streichen, die Einnahmeseite zu stärken, Schulden zu tilgen und nachhaltig Wertschöpfung zu organisieren.

Was Merkels einseitige Sparpolitik bedeutet sehen wir derzeit tagtäglich in den schrecklichen Nachrichten aus den Südländern über Verarmung, Rezession, Arbeitslosigkeit - der klassische Teufelskreis falscher rezessiver Politik. So werden die Konsolidierungsziele verfehlt.

In einer wirklichen Fiskalunion würden sich die europäischen Staaten auf eine neue Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben verständigen, zu der auch eine solide Einnahmepolitik gehört. Der Kampf gegen Steueroasen in Europa hat oberste Priorität, die Harmonisierung von Steuersätzen zur Vermeidung von Steuerdumping kommt gleich danach. Europas Oberschichten müssen sich wieder an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Wir brauchen europaweite Vermögensabgaben, um die Kosten der Krise zu begleichen. Teil der Fiskalunion muss meiner Meinung nach außerdem eine wirksame europäische

Bankenaufsicht und ein europäischer Bankenrestrukturierungsfonds sein. Diesen müssen die Banken selber finanzieren - nie wieder sollte das Geld der Steuerzahler dafür eingesetzt werden, die Vermögen der Bankgläubiger zu retten.

Außerdem muss die EU für Investitionen in den Krisenländern sorgen und sich in Zukunft noch stärker auf die Förderung der ärmsten und rückständigsten Regionen fokussieren. Zu einer echten Fiskalunion gehört auch, dass die EU-Mitgliedsstaaten die gefährlichen wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die zwischen ihnen bestehen, abbauen. Dies betrifft nicht nur die sogenannten Defizitländer, sondern auch Deutschland - als Überschussland - ist in der Pflicht. Es muss seine Binnennachfrage ankurbeln. Ein wichtiger Beitrag hierfür wäre die überfällige Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

Europa war und ist eine Transferunion. Sie wird dies mehr werden müssen. In diesem gemeinsamen Europa darf es kein Steuerdumping, kein Lohndumping und kein Regulierungsdumping geben.

3. *Wie überwinden wir die grassierende Euroskepsis großer Teile der Bevölkerung? Mit welchem Bild eines geeinten Europas wollen wir die Europäer von unserer Idee begeistern und die Gespenster der Krise überwinden?*

Ich glaube nicht, dass große Teile der Bevölkerung skeptisch gegenüber dem Euro an sich sind. Die Menschen sind verständlicherweise verunsichert und fragen sich, wo das alles hinführen soll und wie wir aus dieser Krise wieder vollständig herauskommen. Das sollte man aber nicht mit einer grundsätzlichen Euro- oder gar Europaskepsis verwechseln. Ich bin überzeugt, dass sich die meisten Menschen bewusst sind, dass Deutschland stark vom Euro und von der europäischen Einigung profitiert hat.

Es muss uns jetzt aber darum gehen, das Vertrauen der Menschen in dieses lebenswerte Europa wiederzugewinnen. Und vor allem das Vertrauen in die Politik, die das Diktat der Finanzmärkte nicht länger akzeptiert. Wir müssen glaubwürdig zeigen, dass nur ein starkes Europa in der Welt handlungsfähig ist und dass nur ein sozial gerechtes, ökologisches und demokratisches Europa auch weiterhin Garant für Sicherheit, Frieden und Wohlstand sein kann.

Die Menschen brauchen aber einen Bezug zu Europa und müssen auch mitreden und -entscheiden können. Nur wenn wir die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen können, dass es mit Grün gerechter und demokratischer zugeht in Europa, dass wir Ungleichgewichte und die soziale Schieflage abbauen können, dass Banken nicht mehr ohne Weiteres einen ganzen Wirtschaftsraum in die Krise stürzen können und junge Menschen deshalb perspektivlos auf der Straße stehen, dass wir ein Europa sind, das sich nicht nur für den freien Verkehr von Gütern und Dienstleistungen einsetzt, sondern das Wohl der Menschen in den Mittelpunkt stellt, dann können wir diese Krise, die schon lange eine politische Krise ist, langfristig überwinden. Denn das geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen und nicht an ihnen vorbei.

4. *Damit Entwicklungspolitik überhaupt nachhaltig wirken kann, müssen gegenläufige Politiken wie z. B. in der Handels- & Agrarpolitik vermieden werden. Kohärenz für Entwicklung erfordert neben guten Konzepten v.a. politischen Willen und Engagement zur Durchsetzung. Welche Konzepte hast Du und wie willst Du dich dafür einsetzen?*

In der heutigen Zeit hängen globale Risiken wie Klimawandel, Armut, Ressourcenkonkurrenz und Aufrüstung miteinander zusammen und bedingen einander. Nur kohärente Anstrengungen in der Handels-, Agrar-, Umwelt- und Rohstoffpolitik, aber auch der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik wie auch der Sicherheitspolitik ermöglichen den Umgang mit globalen Risiken und Krisen. Dazu gehört ein gerechteres und reguliertes Finanz- und Bankensystem ebenso wie eine transparente und ökologische Handels- und Investitionspolitik. Die Maßnahmen gegen den Klimawandel müssen endlich verstärkt und das 2-Grad-Ziel vor allem von den Industrieländern konsequent verfolgt werden. Schwarz-Gelb ist hier wieder mal einer der größten Bremsen. Aber auch die unsinnigen Agrar-exportsubventionen hemmen eine nachhaltige Entwicklung in vielen Ländern, deshalb muss damit endlich Schluss sein. Außerdem ist es höchste Zeit für eine reformierte Flüchtlings- und Migrationspolitik. Abschottung und Ausgrenzung treten wir entschieden entgegen.

Ich glaube nicht daran, dass es einen Hebel gibt, um mehr Kohärenz herzustellen. Die derzeitigen Inkohärenzen sind Ausdruck widerstreitender - oft mächtiger - Interessen. Diese lassen sich nicht durch Veränderungen von Ressortzuschnitten aus der Welt schaffen.

Mehr Kohärenz gibt es also wie jede Form guter Politik vor allem durch starke Argumente, kluge Bündnisse und hohe Überzeugungskraft. Sinnvoll wäre es darüber hinaus, Ort der ressortübergreifenden Zusammenarbeit - wie z.B. bei der zivilen Krisenprävention - zu stärken.

5. *Welche Politik willst Du machen, um dem GRÜNEN Ziel von globaler Gerechtigkeit ein Stück näher zu kommen?*

UND

6. *Was sind Deine fünf wichtigsten Ziele einer Wirtschaftspolitik für die neue Legislaturperiode, damit Deutschland seiner globalen Verantwortung gerecht wird?*

Globale Gerechtigkeit beginnt hier bei uns. Besonders Menschen in weniger entwickelten Ländern leiden unter einer ungerechten, nicht nachhaltigen und ökologisch schädlichen Politik, die immer noch in vielen Bereichen bei uns betrieben wird. Wir Grüne wollen eine menschenrechtsbasierte, nachhaltige Entwicklungspolitik. Denn nur so lässt sich globale Gerechtigkeit erreichen. Deutschland muss sein Versprechen endlich einhalten und bis 2017 0,7 % seines Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen. Ich bin sehr zufrieden damit, dass wir es in der Projektgruppe Prioritäten geschafft haben, trotz begrenzter Mittel einen Auswachspfad der Entwicklungsmittel dazustellen, der dieses Ziel verwirklicht.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind schon jetzt für viele Entwicklungsländer viel deutlicher spürbar. Deshalb muss der erste Schritt sein, hier bei uns weiter für eine emissionsarme und auf erneuerbare Energien basierende Politik zu streiten und die Länder des Südens bei Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Unsinnige europäische Agrarexportsubventionen müssen endlich abgeschafft werden, um nicht länger lokale Märkte zu zerstören und Kleinbauern in ihrer Existenz zu bedrohen. Ebenso sind die Problematik des Landgrabbing oder die Spekulation mit Nahrungsmitteln Entwicklungen, die dem Ziel von globaler Gerechtigkeit entgegenwirken. Dagegen wollen wir Grüne kämpfen.

Es sind aber nicht nur klassische entwicklungs- und agrarpolitische Politikansätze, die verändert werden müssen. Zu Gerechtigkeit gehört auch ein reguliertes Finanz- und Bankensystem, das nicht ganze Gesellschaften in eine soziale Schieflage bringen kann, unter der die Benachteiligten am meisten zu leiden haben. Auch in der europäischen Flüchtlingspolitik sehe ich dringenden Reformbedarf. Eine Festung Europa hat mit Gerechtigkeit und Solidarität wahrlich nichts zu tun. Ich will mit uns Grünen für ein offenes und solidarisches Europa streiten.

7. Wirst Du dich als SpitzenkandidatIn für einen vollständigen Abzug der Bundeswehr bis 2014 aus Afghanistan einsetzen und wie soll nach 2014 Afghanistan weiter unterstützt werden?

Die internationale Gemeinschaft hat sich darauf verständigt, die Kampftruppen bis 2014 aus Afghanistan abzuziehen und die Verantwortung für die Sicherheit an die afghanischen Sicherheitskräfte zu übergeben. Das bleibt eine richtige Entscheidung. Denn die Lehre aus 11 Jahren Afghanistan-Einsatz ist einmal mehr, dass Frieden nicht militärisch erreicht werden kann. Vielmehr ist eine politische Lösung notwendig, die Regierung, Aufständische, Zivilgesellschaft und Regionalakteure gleichermaßen einschließt. Eine offensive Aufstandsbekämpfung und gezielte Tötungen von Aufständischen sind deshalb kontraproduktiv.

Wir Grüne haben schon lange eine konkrete Abzugsplanung gefordert, geliefert haben der Verteidigungsminister und der Außenminister nicht. De Maizièr spricht ständig vom Anzug aus Afghanistan, seine Pläne aber sprechen eine andere Sprache. Wir brauchen endlich ein Abzugsmandat, das den Abzug der Truppen bis 2014 genau regelt.

Eine Unterstützung Afghanistans nach 2014 wird nicht einfach. Notwendig werden vor allem Kooperation und Unterstützung im Bildungsbereich, bei der Ausbildung der Sicherheitskräfte, beim Aufbau von Verwaltungs- und Justizstrukturen wie bei der Stärkung der Zivilgesellschaft sein. Und es geht ganz konkret um Geld - für den zivilen Aufbau, aber auch für die Bezahlung der afghanischen Sicherheitskräfte. Schließlich hat Deutschland eine Verantwortung, besonders gefährdeten Afghaninnen und Afghanen Asyl anzubieten.

Darüber hinaus wissen wir heute: Es gibt keine kurzfristigen Missionen. Zwar erteilt der Bundestag in der Regel einjährige Mandate. Tatsächlich ist der Beschluss zum Einstieg in einen Einsatz eine Entscheidung für ein Jahrzehnt. Auch dies mahnt zur Zurückhaltung.

8. Setzt Du dich für ein aufschiebendes Vetorecht des Bundestages gegenüber Rüstungsexportentscheidungen der Bundesregierung und für ein Einstimmigkeitsprinzip im Bundessicherheitsrat ein, damit anders als in der Vergangenheit GRÜNE effektiv Rüstungsexporte verhindern können?

Ich will mich dafür einsetzen, dass wir ein starkes Rüstungsexportgesetz auf den Weg bringen. Denn die Rüstungsexportrichtlinien haben wir in rot-grüner Regierungszeit zwar verschärft, aber die Realität zeigt, dass das nicht ausreicht und Schwarz-Gelb trotzdem munter weiter unverantwortlich Rüstungsgüter exportiert. Dies wird dann auch noch mit vermeintlicher Stabilität für die Region und globaler Sicherheit begründet. Das ist purer Zynismus.

Anders als eine Richtlinie bindet ein Gesetz die verantwortlichen Entscheidungsträger. Wir wollen von der Selbstverpflichtung weg und die Bundesregierung binden. Wir brauchen ein Rüstungsexportgesetz, das die Exporte von Kriegswaf-

fen streng reglementiert, den Bundestag umfassend informiert und eine wirksame Rüstungsexportkontrolle durch das Parlament ermöglicht. Ein aufschieben- des Veto des Bundestages sehe ich nicht als zielführend an, weil der Bundestag damit seine Kontrollfunktion selbst untergraben und die Exportentscheidung nicht mehr vollständig bei der Exekutive verbleiben würde. Er würde vom Kontrolleur zum Komplizen. Damit wäre die Verantwortung für solche Exporte nicht mehr eindeutig der Exekutive zuzurechnen.

9. *Wie stehst Du zur Lieferung von U-Booten an Israel?*

Deutschland hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und ein elementares Interesse am Schutz der Existenz des Staates Israel. Aus diesem Grund gab es - auch unter Rot-Grün - Unterstützung von deutscher Seite für die israelische Landesverteidigung mit Verträgen über insgesamt 6 U-Boote. Wir Grüne haben allerdings schon damals auf die Einhaltung der roten Linie, nämlich keine nukleare Bewaffnungsfähigkeit der U-Boote, gedrängt. Dass die Kanzlerin die Lieferung des dritten U-Bootes davon abhängig gemacht hat, dass die israelische Siedlungspolitik geändert, der Bau eines Klärwerks in Gaza ermöglicht und die Rückzahlung palästinensischen Geldes an die Palästinenserbehörde endlich vollzogen wird, war richtig. Inkonsequent aber war, das U-Boot dann trotzdem zu liefern, obwohl nur die letzte Bedingung erfüllt war. Zu diesen Zahlungen wäre die israelische Regierung ohnehin verpflichtet gewesen.

Die Berichte, dass die U-Boote in Israel auf Nuklearfähigkeit umgerüstet werden könnten, sind besorgniserregend. Für uns Grüne ist klar, dass wir auch weiter am Grundsatz der nuklearen Nichtverbreitung festhalten und sich Deutschland nicht davon verabschieden darf. Dies muss die Prämisse für alle Rüstungsexportentscheidungen einer deutschen Bundesregierung - einschließlich an Israel - sein.